



Presseerklärung

Genf, den 25. Februar 2003

Statusabkommen zwischen dem Bundesrat und dem Genfer Internationalen Zentrum für Humanitäre Minenräumung

Heute haben die schweizerische Außenministerin, Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, und der Präsident des Stiftungsrates des Genfer Minenzentrums, Dr. Cornelio Sommaruga, in Bern ein Abkommen über den zukünftigen Status des Zentrums unterzeichnet. Damit anerkennt der Bundesrat die Rechtspersönlichkeit des Zentrums in der Schweiz und seine Unabhängigkeit, es werden ihm auch Immunitäten eingeräumt, welche für die Durchführung seines Mandats notwendig sind.

Das Statusabkommen ist notwendig geworden, nachdem die Vertragsstaaten des Übereinkommens zum Verbot von Personenminen (Ottawa-Vertrag) das Zentrum beauftragt haben, eine Einheit zur Umsetzung des Ottawa-Vertrages zu bilden (Staatenkonferenz von Managua, 2001). Die Rolle des Minenzentrums entspricht seither weitgehend demjenigen eines Sekretariats einer internationalen Organisation.

Das Problem der Personenminen

Trotz den großen Anstrengungen des vergangenen Jahrzehnts ist das Problem der Personenminen eines der großen humanitären Probleme unserer Zeit geblieben. Fast 80 Länder sind betroffen. Minen erschweren die humanitäre Hilfe und den Wiederaufbau nach Konflikten. Sie verhindern oft auch die Rückkehr von Flüchtlingen und die landwirtschaftliche Nutzung des Bodens. Viele Minenopfer brauchen für die Dauer ihres Lebens medizinische Betreuung und wirtschaftliche Unterstützung.

Das Übereinkommen für das Verbot von Personenminen (Ottawa-Vertrag) ist der Ausgangspunkt für die Lösung dieses Problems. Es beinhaltet nicht nur ein umfassendes Verbot von Personenminen, sondern verpflichtet die Staaten auch zur Zusammenarbeit bei der Lösung der Probleme, die von Minen verursacht werden. Bisher gehören 131 Staaten dem Vertrag an.

Das Geneva International Centre for Humanitarian Demining (GICHD)

Das Genfer Internationale Zentrum für Humanitäre Minenräumung ist den Zielen des Ottawa-Vertrages verpflichtet. Seine Tätigkeit umfasst aber nicht nur die multilaterale Arbeit bei der Umsetzung des Vertrags.

Nach dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe arbeitet das GICHD als unparteiische Institution für die Lösung der konkreten Probleme vor Ort.

Der größte Teil der Mittel des Minenzentrums geht in die Unterstützung von Projekten durch Expertise und spezielle Instrumente (technisches Know-how, spezialisierte Software, Entwicklung von Normen, Ausbildung usw.).

Das GICHD verfügt zudem über ein international bedeutendes, anwendungsorientiertes Forschungsprogramm.

Die Gründung des Minenzentrums geht auf eine schweizerische Initiative bei der Unterzeichnung des Ottawa-Vertrages im Jahr 1997 zurück. Das GICHD ist eine Stiftung nach schweizerischem Recht, im Stiftungsrat sitzen Vertreter von 18 Regierungen.

Das Minenzentrum arbeitet besonders eng mit den Vereinten Nationen, Regierungen in minenbetroffenen Staaten sowie mit Nichtregierungs-Organisationen zusammen. Finanziert wird es rund zur Hälfte von der Schweiz (VBS), der Rest wird von ausländischen Regierungen getragen. Zurzeit arbeiten 27 Personen mit 13 Nationalitäten im GICHD.

Weitere Informationen :

Davide Orifici

Geneva International Centre for Humanitarian Demining

Mobile Phone : + 41 79 747 10 57

d.orifici@gichd.ch

Beilagen

- Déclaration du Président du Conseil de Fondation, Centre international de déminage humanitaire – Genève, à l’occasion de la signature de l’Accord entre le CIDHG et le Conseil fédéral relatif au statut du Centre en Suisse
- Broschüre (d/f)
- Informationsblatt (d/f)
- Update on Activities – December 2002 (e)
- Expo.02 Broschüre (d/f)